

Redebeitrag des Fraktionsvorsitzenden der Stadtratsfraktion Bund für Magdeburg

Auswirkungen von Hartz IV auf die Landeshauptstadt Magdeburg

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren

Nach meiner Auffassung kann man die Auswirkungen von Hartz IV nicht nur auf die Landeshauptstadt beziehen. Andere Kommunen sind ebenso von den verkürzten Zuweisungen betroffen.

Es kommt vielmehr darauf an, alle der von der damaligen Rot-Grünen-Regierung getroffenen Maßnahmen und die Gesamtheit der Auswirkungen dieser Gesetze auf die Menschen und die Gesellschaft im Zusammenhang zu sehen.

Das Ziel der Reformen war eine Halbierung der damaligen Arbeitslosenzahlen und eine deutliche Entlastung der öffentlichen Haushalte. Dieses Ziel ist nicht erreicht worden.

Haushaltspolitisch ist anzumerken :

Für die Landeshauptstadt werden sich im kommenden Jahr wegen der sich um 2.308.000 € verringernden Bundeszuschüsse die ohnehin hohen Belastungen des Haushaltes im sozialen Bereich noch einmal erhöhen.

Die Ausgaben für die Erstattung von Unterkunft und Heizung erhöhen sich von geplanten ca. 72.150.000 € auf etwa 75.500.000 €.

Das sind gewaltige Summen!

Gegen diese erhöhte Belastung des Haushaltes der Landeshauptstadt kann man doch im Grunde genommen nichts machen.

Das ist gewissermaßen "von Oben" verordnet.

Es sei denn, Protestschreiben an die Bundes- und Landesregierung oder öffentliche Debatten wie diese heute und hier werden als probates Mittel des Widerstandes der Kommune gesehen.

Aus kommunalpolitischer Sicht, und das habe ich an dieser Stelle schon mehrfach so zum Ausdruck gebracht, kommt es darauf an in Magdeburg Arbeitsplätze zu schaffen. Es kommt darauf an, eine kausale Diagnose zu stellen. Ein kurieren an Symptomen macht keinen Sinn.

Dann werden weniger Menschen auf staatliche Hilfen angewiesen sein.

Obwohl in der Ansiedlung von Unternehmen schon einiges erreicht worden ist, genügt das ganz einfach nicht.

Ist denn das Erreichte immer das Erreichbare ?

Machen uns vor allem in der Ansiedlungspolitik und in der Unterstützung und der Gestaltung der gesamten Vielfalt der Rahmenbedingungen von Investoren die Nachbargemeinden nicht vor, wie es noch besser gehen könnte ? Wir sind deshalb der Auffassung, dass die Kooperation mit dem Umland intensiviert, noch weiter ausgebaut werden muß. Wir müssen den günstigen Ansiedlungsort Magdeburg mitten in Deutschland mit hervorragender Verkehrsanbindung immer und überall ins Gespräch bringen und für uns, für unsere Heimatstadt, werben, wo immer es möglich ist !

Mehr Arbeitsplätze bedeutet mehr Steuereinnahmen und weniger Hartz IV !

Es muß aus der Sicht unserer Fraktion auch immer wieder darauf hingewiesen werden, dass es auf Dauer nicht sein kann, dass das Umland die Ressourcen der Landeshauptstadt nutzt und sich

allenfalls mit Alibibeiträgen, wie z.B. Barleben am Zoo, an den Belastungen des Stadthaushaltes beteiligt.

Wir sind der Auffassung, dass eine Eingemeindung von Umlandgemeinden zwingend notwendig ist. Dazu brauchen wir die Unterstützung der Landesregierung.

Das würde bei nicht proportional steigenden Ausgaben die Einnahmen der Stadt deutlich erhöhen. Die finanzielle Situation der Stadt würde sich ohne Zweifel deutlich verbessern. Wenn eine Eingemeindung der Nachbargemeinden in absehbarer Zeit nicht realisierbar ist, müssen wir eine adäquate finanzielle Beteiligung unserer Nachbarn an unseren Kosten für kulturelle, sportliche und infrastrukturelle Maßnahmen einfordern.

Wir alle leben nicht im luftleeren Raum, sondern sitzen im selben Boot, sind in der Region voneinander abhängig und alle in irgendeiner Form auf einander angewiesen.

Der gesellschaftspolitische Aspekt von Hartz IV ist kompliziert.

Die sozialen Leistungen des Staates und der Kommune sind im Großen und Ganzen großzügig (Stadt über 75 Mio.€, Bund 2007 40.5 Milliarden €).

Während für die Einen der Bezug von ALG II, eine Demütigung, einen sozialen Abstieg darstellt und Existenzangst hervorruft, weil sie sich in die Abhängigkeit des Staates begeben, haben sich andere in der sozialen "Hängematte" eingerichtet.

Für alle diese Zustände werden immer wieder Beispiele in den Medien mehr oder weniger ausführlich dargestellt.

Positiv ist anzumerken, dass durch die Einführung des ALG II vielen Kommunen die Möglichkeit gegeben worden ist, direkt etwas gegen die Arbeitslosigkeit im eigenen Einflussbereich zu tun. Das müssen wir in einem noch stärkeren Maß nutzen.

Abschließend zu diesem Punkt möchte ich noch feststellen, dass der durch die Arbeitsmarktreformen gestiegene Druck auf ALG II -Empfänger, eine Arbeit aufzunehmen, von vielen Teilen der Bevölkerung nicht negativ gesehen wird.

Manch einer muß zu seinem Glück gezwungen werden.

Als letzten Gedanken möchte ich noch eine Bemerkung zu der großen Zahl der Aufstocker, der Menschen, die trotz eines Arbeitseinkommens auf die Hilfe des Staates angewiesen sind, machen. Selbstverständlich muß man von seiner Arbeit leben können, aber ob ein staatlicher Mindestlohn, wie vielfach gefordert, die Lösung ist, wird unterschiedlich gesehen.

Mehr Netto vom Brutto kann auf Dauer nur im Sinn der sozialen Marktwirtschaft sein.

Leistung, Leistungsbereitschaft, Mut zum Risiko und Einsatz für den eigenen Lebensunterhalt zu sorgen müsse, belohnt werden.

Die derzeitige Abgabquote ist völlig inakzeptabel und muß geändert werden.

Einem ledigen Arbeitnehmer ohne Kind bleiben derzeit bei einem Jahresbruttoeinkommen von 36.000 € etwa 21.700 € netto. Das entspricht in diesem Fall einer direkten Abgabenquote von ca. 40 %.

Damit will ich sagen, dass es über die Schaffung von Arbeitsplätzen, über eine grundlegende Steuerreform, die eine größere Steuergerechtigkeit schafft -wenn es die überhaupt gibt- auf absehbare Zeit gelingen wird, die ohne Zweifel vorhandenen fiskalischen Probleme in den Griff zu bekommen.

Aber das kann nicht der Stadtrat, sondern das muss die Bundesregierung entscheiden.